

Zur Ansprache am Mittwoch, dem 2. Juni 2021 vor der Martinskirche in Kassel
[Nach dem Läuten der Osanna-Glocke (15 Uhr)]

(Zur gegenwärtigen Lage) Gut, dass wir uns heute beim Läuten der Osanna-Glocke hier in so großer Zahl versammelt haben. Schüler und Schülerinnen der Walter Lübcke-Schule aus Wolfhagen, „Omas gegen rechts“, Bürgerinnen und Bürger aus der Stadt. Gemeinsam gedenken wir Walter Lübckes, der beiden Toten in Halle, der neun aus rassistischen Gründen in Hanau umgebrachten Menschen und des Kasseler Bürgers Halit Yozgat, der am 6. April 2006 in der Holländischen Straße um sein Leben gebracht wurde. Diese Mordtaten übersteigen unsere Vorstellungskraft. Wir sind hier, weil unser Land es erneut mit politischen und kulturellen Gefährdungen zu tun hat, die vom Rechtsextremismus und Rechtspopulismus ausgehen. Wir sind hier, um uns in unserer Aufmerksamkeit und Wachsamkeit gegenüber dem Rechtsextremismus zu stärken. Wir sind viele. Mit der heimtückischen Ermordung des engagierten Demokraten Walter Lübcke am 2. Juni 2019 ist der lange Schatten der ersten deutschen, der Weimarer Republik sichtbar geworden. Es waren damals Rechtsextremisten, die die Minister Walter Rathenau und Matthias Erzberger auf dem Gewissen hatten und die am Pfingstsonntag 1922 das Blausäure-Attentat auf den im Park Wilhelmshöhe spazierende Kasseler Oberbürgermeister Philipp Scheidemann begingen. Die politischen Morde trafen Repräsentanten und Vorkämpfer einer demokratischen Republik. Das Zusammenspiel von demagogischer Hetze der NSDAP mit dem brutalen Terror der SA-Gruppen zielte auf die Zerschlagung des demokratischen Rechtsstaats. Rückblickend erkannte man, dass die Republik noch wachsamer und wirksamer diesen rechtsextremistischen Attacken der Hitler, Goebbels, Freisler und Gefolgschaft hätte entgegentreten müssen. Den Begründern der Bundesrepublik war dies eine Lehre: Die Demokratie sollte künftig gegenüber dem Rechtsextremismus verteidigungs- und widerstandsfähig sein. Es waren die Erfahrungen mit dem aggressiv aufziehenden Nationalsozialismus, die die Verfassungsgeber unseres Grundgesetzes nicht zuletzt auch mit dem Artikel 18 wappneten: Wer die Grundrechte zum Kampf gegen die demokratische Grundordnung missbraucht, verwirkt sie. Mit anderen Worten: Unsere Verfassung will es nicht noch einmal zulassen, dass die freiheitliche Demokratie für ihre Abschaffung missbraucht wird. Unter dieser Voraussetzung ist inzwischen ein solider Rechtsstaat geschaffen worden, der sich im Kern bewährt hat. Dies gilt auch im Grunde für die Demokratie in Deutschland. Die Frage entsteht und bleibt, ob unser Staat nicht wachsamer und wirksamer hätte handeln und die drohenden Gefahren und Gefährdungen dadurch rechtzeitig erkennen können. Und für heute

und morgen fragen sich manche: Ist unsere Gesellschaft, ist unser demokratischer Staat gegenüber diesen Gefahren gut vorbereitet und ist er zur unnachgiebigen Verteidigung jederzeit bereit?

[Worin sehen wir diese bedrohlichen Gefährdungen?]

Zunehmend wird über Angriffe gegen Menschen berichtet, die sich kritisch öffentlich gegen den Rechtsextremismus äußern – in Presse, Rundfunk, Fernsehen, Theater und Kultur überhaupt. Solche Angriffe und auch Anschläge sowie die Einschüchterungsversuche bedrohen eine unbefangene, freie Meinungsäußerung und Kritik. Eine unvollständige Chronik listet rund 100 Angriffe auf die Freiheit der Kunst für die vergangenen vier Jahre auf.

Und wenn offensichtlich gewollte Rechtsverstöße in öffentlichen Massenveranstaltungen von staatlicher Seite hilflos geduldet werden, der Staat mithin etwas beschließt, jedoch nicht konsequent durchsetzt, dann droht der Rechtsstaat sich selbst aufzugeben.

Angriffe gegen Beauftragte unseres Rechtsstaates (z.B. gegen Polizisten, Richter, Lehrer) stellen eine nicht hinnehmbare Tabuverletzung dar. Es häufen sich in letzter Zeit massive Bedrohungen und gewaltsame Angriffe gegen unsere gewählten politischen Mandatsträger. 64 Prozent der Bürgermeister in Deutschland sind nach eigenen Angaben bereits beleidigt, beschimpft, bedroht oder tätlich angegriffen worden. Bespuckt oder geschlagen wurden neun Prozent der Bürgermeister. Auch Mitarbeiter der Verwaltung und Gemeindevertreter werden vermehrt zur Zielscheibe. Ein Drittel der befragten 2.500 Bürgermeister will nicht mehr zu einer weiteren Wahl antreten, wobei 5% von ihnen dies unmittelbar mit den konkreten Bedrohungen begründen. Einer von ihnen hat einen Waffenschein beantragt. Grenzüberschreitungen und kriminelle Handlungen bedrohen die Basis unseres politischen Selbstverständnisses, der demokratischen Legitimation der Politik.

Eine widerliche Verrohung der Sprache zur Verächtlichmachung, Beleidigung, Verhöhnung und Verspottung insbesondere von Menschen mit Einwanderungsgeschichte bedroht unseren inneren Frieden. Führende Politiker werden öffentlich symbolisch mit dem Tod bedroht. Diese vielfachen Gefährdungen passen in die Pläne und Strategien des Rechtsextremismus. Es geht ihm nicht nur um Einschüchterung und Ausschließung der politischen Gegner, sondern darum, den öffentlich vorherrschenden demokratischen Konsens, der zur Gründung unseres Staates führte, zu stören und zu beseitigen. Das ist das Ziel der Metapolitik der sogenannten „Neuen Rechten“. Sie sagen öffentlich, dass es ihnen gar nicht um

Beteiligung am Diskurs, sondern um dessen Beendigung gehe. Sie wollen mit einer anderen Sprache eine rechte Gegenkultur begründen, die völkisch orientiert ist und Bürger und Bürgerinnen mit Migrationsgeschichte ausschließt. Und diese Hasssprache kann von einigen Menschen so verstanden werden, dass Ausgrenzung, Missachtung und gewaltsame Angriffe in bestimmten Fällen eine Berechtigung hätten.

Was können wir tun, was sollten wir tun? Zuerst: Die Angehörigen der ums Leben gebrachten Menschen brauchen unsere Solidarität. Ihr Schmerz um die Toten wurde in einigen Fällen – wir wissen es vom Umgang mit der Familie Yozgat – noch durch Verdächtigungen und Verhöre ins Unermessliche vertieft. Die bedrohten Bürgermeister und Gemeindevertreter brauchen unsere öffentliche Rückendeckung. Lassen wir sie nicht im Regen stehen. Seien wir bei ihnen, wenn sie beschimpft, beleidigt oder geschlagen werden. «Schaut hin!» war das Leitwort des vor einigen Tagen in Frankfurt zu Ende gegangenen Ökumenischen Kirchentages. Wir müssen unsere Aufmerksamkeit auf die Gefahren erhöhen, wachsam sein im beruflichen und nachbarschaftlichen Umfeld. Wo immer es möglich ist, haben wir Haltung zu zeigen – wie es auch ein Manifest des Bayrischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes gefordert hat, das an alle appelliert, «unsere Gesellschaft vor Spaltung, Brutalität, Rücksichtslosigkeit und Radikalisierung zu schützen und so unsere Demokratie zu bewahren.» Stärken wir die verantwortlichen Politiker, die Regierungen und Behörden, die Polizei und die Gerichte, die Wachsamkeit gegenüber diesen Gefahren sehr ernst zu nehmen. Der im rechten Lager verbreitete Ruf einer vermeintlichen „Lügenpresse“ würde am liebsten die Journalisten z.B. der TAZ, der FR, der Süddeutschen Zeitung der FAZ und anderer der Demokratie verpflichteten Zeitungen mundtot machen – auch da gilt es aufzupassen. Werben wir für die Verbreitung dieser und anderer kritischer Zeitungen! Last but not least: wir sollten uns der historischen Erfahrung, insbesondere der Weimarer Zeit, bewusst bleiben und die Lehren nicht vergessen, die daraus gezogen wurden. Die Hosanna-Glocke stürzte in der Nacht des 22. Oktober 1943 vom Turm der Martinskirche und wurde beim Aufprall schwer beschädigt, jedoch nicht zerstört. Gut, dass diese alte Glocke, die nach dem Krieg durch eine neue (die gerade erklang) ersetzt wurde, bis heute im Innenraum der Kirche steht. Auch damit ist die Erinnerung an Krieg und Terrorzeit wachgehalten. Hosanna heißt wörtlich: Hilf doch. Es ist ein Ruf um Hilfe. Gott möge uns helfen, hinzuschauen und wachsam zu sein.